

Finden sich kulturrassistische Stereotype in Integrationskonzepten des Ennepe-Ruhr-Kreis und welche politisch administrative Bedeutung haben diese möglicherweise?

Hintergrund:

Die Verwaltung ist ihrer Programmierung und Stellung im Dreiklang mit Politik und Zivilbürgern darauf ausgelegt, bindende Problemlösungen herzustellen. Die Probleme wurden an das Politiksystem herangetragen, welches eine Entscheidung trifft und mit der sachlichen Ausarbeitung die Verwaltung zu betrauen. Das findet in der Formulierung von Programmen bzw. Gesetzen statt, aber auch in administrativen Aufgaben.

Wird dieses in aller Kürze beschriebene System nun mit der Ausformulierung eines Integrationsprogrammes betraut, so ist die Wertigkeit bzw. Richtigkeit von einem solchen Konzept durch das politische System vorgegeben und die Verwaltung muss dieses nun nicht nur formulieren, sondern auch umsetzen. Die Verwaltung ist sowohl Urheber der Vorgehensweise (Programm) als auch die Umsetzung dieser. Deshalb sind Programme auf ihre Machbarkeit innerhalb der Verwaltungsstruktur ausgelegt.

Es ist davon auszugehen, dass der Ausformulierung gewisse Heuristiken zugrunde liegen, um Effizienz, Sachlichkeit, Genauigkeit und Wirksamkeit herzustellen

Diese Heuristiken können nach Milieus, religiös oder geografisch kategorisiert sein. Diese sind funktional und werden im Verwaltungssystem auch in funktioneller Art gebraucht.

Methode:

Durch eine qualitative Auswertung von Integrationsprogrammen des Ennepe Ruhr Kreises mit Kategorieenbildung/ Clustern und einen systematischen Vergleich dieser sollen kulturrassistische Stereotypenbildungen aufgezeigt werden.

Ziel:

In Frage wird nicht das Verwenden von Heuristiken gestellt, sondern die semantische Ähnlichkeit mit kulturrassistischen Stereotypen untersucht.

Eine weitere Dimension ergibt sich aus der Fortschreibung der Integrationskonzeptes des Kreises als Reaktion auf die vermehrte Ankunft von Geflüchteten. Hier bietet sich ein Vergleich der beiden Dokumente an. Dieser Vergleich kann als Nebenstudie gesehen werden und weitere Fragestellungen eröffnen.

Für die Verwaltung könnten womöglich Hinweise auf erschwerte Kommunikation bzw. Anschlussfähigkeit von Integrationskonzepten gegeben werden.

Material (Status quo): Integrationsprogramm EN-Kreis 2013, Fortschreibung EN-Kreis 2017